



**„Sie aber kümmerten sich nicht um seine Einladung, sondern gingen ihren  
Geschäften nach...“**

### **Predigt zu Matthäus 22, 1 – 6 am 12.10.2008**

Es gibt Jahreszahlen, die werden in den Geschichtsbüchern stehen. Das Jahr 2008 wird ein solches Jahr sein. Das liegt nicht nur an der weltweiten Finanzkrise, von der wir derzeit noch nicht einmal wissen, ob ihr Höhepunkt schon überschritten ist. Wichtiger noch, und mit ihr untrennbar verbunden, ist eine weltpolitische Wende, nämlich der Verfall von Macht und Ansehen der Vereinigten Staaten. Die gegenwärtige Finanzkrise wird ein Ende finden. Der Niedergang Amerikas beendet eine Epoche.

„Das Gleichgewicht der Kräfte verändert sich. Die Ära der amerikanischen Führung ist unwiderruflich vorbei“, schreibt John Gray, emeritierter Professor an der Londoner „School of Economics“, in der „Süddeutschen Zeitung“. Und weiter: „Auf globaler Ebene wird Amerikas Schwäche noch deutlicher. Mit der Verstaatlichung zentraler Teile des Finanzwesens haben die Vereinigten Staaten ihr Credo der freien Märkte selbst zerstört. Eine ganze Regierungsform mitsamt ihrer Ökonomie ist kollabiert. Die Folgen werden so weitreichend sein wie beim Untergang der Sowjetunion“ im Jahre 1989!

Amerika und auch Großbritannien haben nach dem Untergang des Kommunismus und der darin verankerten staatlich gelenkten Wirtschaft den unbestritten nützlichen Markt für unantastbar erklärt: „Der Markt kann alles, und wie er entscheidet, so ist es richtig!“ Und in Europa, gerade auch in Deutschland, ließen sich Politiker, aber auch Journalisten, insbesondere Wirtschaftsjournalisten, von den meist höheren amerikanischen Wachstumsraten faszinieren.

**Sie aber kümmerten sich nicht um seine Einladung, sondern gingen ihren Geschäften nach...**

Dabei wurde zweierlei übersehen, ja ignoriert. Erstens haben Privatleute und die Regierung in den USA jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt: Konsumieren, Schulden machen, Geld ist billig, die Zukunft ist rosig, das Wachstum geht ewig weiter! Die USA schleppen seit Jahren gigantische Defizite im Staatshaushalt und in der Zahlungsbilanz mit sich herum. Das notwendige Geld leihen sie sich in aller Welt. China, ideologisch und bald auch ökonomisch der wichtigste Konkurrent, ist weltweit der größte Dollargläubiger. Amerikas gigantische Rüstung und der Krieg im Irak wurden und werden in großem Umfang mit geborgtem Geld finanziert. Billiges Geld hat Millionen Hausbesitzer ruiniert und die Spekulation aufgeheizt.

**Sie aber kümmerten sich nicht um seine Einladung, sondern gingen ihren Geschäften nach...**

Der zweite Denkfehler ist der Glaube, dass freie Märkte alles zum Besten regeln. Es wird davon ausgegangen, dass die Akteure auf dem Markt, also Menschen als Privatleute oder Unternehmer, stets absolut vernünftig handeln. Der „Homo oeconomicus“ ist jedoch eine theoretische Konstruktion. Tatsächlich handeln Menschen aus einem Bündel emotionaler Regungen: Freude an Besitz und Vermögen, Lust auf Neues, Habgier, Neid, Geiz, Nachahmungstrieb, Stolz, Angst.

Die geplatze Börsenblase ist letztlich darauf zurückzuführen, dass mit den ständig steigenden Kursen einer dem anderen nachlief - auch „kleine Leute“, die einfach teilhaben wollten am Wohlstandszuwachs ohne Eigenleistung. Sicherheitsüberlegungen beim Investieren von Geld und Kapital traten immer mehr zurück, weil es eben etliche Jahre lang gut gegangen war. Die Banken trugen kräftig dazu bei, erfanden immer neue Anlagekonstruktionen, deren Funktionieren selbst viele Anleger nicht kapierten - und sie, die Banken, verdienten glänzend dabei. In guter Erinnerung ist die Vorgabe einer Kapitalrendite von 25 Prozent von Josef Ackermann, dem Chef der Deutschen Bank. Welcher Investor erreicht das? Und womit kann - konnte - diese Rendite verdient werden? Mit gewagten Anlagen und mit der Naivität von Millionen Kunden, die eigentlich hätten wissen müssen, dass die Banken nichts verschenken.

**Sie aber kümmerten sich nicht um seine Einladung, sondern gingen ihren Geschäften nach....**

Die Kirchen, bis hin zum Papst, haben immer wieder vor einer „Vergötzung des Marktes“ gewarnt. Der Markt ist für die Menschen da, und nicht, um einer Minderheit horrenden Profite zu beschermen. Die dafür notwendigen Regeln müssen die Markt-Verantwortlichen festlegen und für ihre Befolgung sorgen. Politiker haben die Umsetzung dieser Regeln durch Gesetz und Kontrolle zu überwachen. Der verstorbene Bundespräsident Johannes Rau, überzeugter und bekennender Christ, war bis zuletzt leidenschaftlicher Kritiker hemmungsloser Marktgläubigkeit.

Unter dem Zwang der Verhältnisse und im Bewusstsein, dass eine verheerende Weltwirtschaftskrise droht, hat sich Amerika abrupt vom Dogma der freien Märkte verabschiedet. US-Regierung und Notenbank entwarfen und der Kongress billigte, wenn auch mit erheblichen Bedenken, ein Notprogramm im Umfang von 700 Milliarden Dollar. Nach diesem Gesetz darf die Regierung den Banken zweifelhaftes Wertpapiere abkaufen. Das Risiko wird also auf die Gesamtheit der Steuerzahler verlagert. Ein alter Vorwurf der Sozialisten bestätigt sich: Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert. Todsünden gegen die freie Marktwirtschaft werden derzeit begangen. Aber alles deutet darauf hin - es muss sein!

Längst hat das amerikanische Debakel auf Europa, insbesondere auch auf Deutschland übergegriffen. Fünfzig Milliarden Euro mussten in einem ersten Schritt zur Rettung des in Not geratenen Immobilienfinanzierers „Hypo Real Estate“ bereitgestellt werden. Niemand weiß, was noch kommt, ob nicht noch weitere Banken in lebensgefährliche Schwierigkeiten geraten. Und niemand weiß, ob nicht aus staatlichen Bürgschaften verlorene Subventionen werden.

Geändert aber hat sich bisher auch deshalb nichts, weil die Verursacher und Macher nicht zur Rechenschaft gezogen wurden. Spitzenmanager verdienen jährlich zwei- oder dreistellige Millionensummen, häufig bei relativ niedrigen Grundgehältern, die durch hohe Prämien aufgebessert wurden. Nach Angaben der „Süddeutschen Zeitung“ erhielt der Amerikaner Lloyd Blankfein, Chef des Finanzhauses Goldman Sachs, im vergangenen Jahr ein Grundgehalt von 220.000 und eine Erfolgsprämie von 53 Millionen Dollar. Das gibt es auch in Deutschland. Jahresbezüge des Porsche-Chefs Wendelin Wiedeking von 60 Millionen Euro wurden niemals bestritten.

**Sie aber kümmerten sich nicht um seine Einladung, sondern gingen ihren Geschäften nach...“**

Feuer auf dem eigenen Dach, Ängste vor einer „Weltwirtschaft am Abgrund“ und weit verbreitet auch echte gefühlte Sorgen lassen jetzt darüber nachdenken, wie es weitergehen soll. Selbst leidenschaftliche liberale Marktwirtschaftler rufen plötzlich nach dem Staat. Wie aber soll eine gerechtere und gegen Krisen besser gewappnete Gesellschaft aussehen?

Es muss jetzt darum gehen, weltweit wirksame Regeln und Kontrollen gegen irrwitzige Spekulationen und chaotische finanzielle Produkte und Praktiken zu finden. Also hochspekulative Hedgefonds verbieten? Eine - nach ihrem Erfinder benannte - sogenannte Tobin-Steuer einführen, die das Hin- und Herschieben von Milliardenbeträgen in Sekundenschnelle mit je einem Promille belastet? Steueroasen schließen? Mehr Aufmerksamkeit und Kontrolle verdienen die Investmentbanker, die mit hochriskanten, undurchsichtigen Geschäften selbst sehr reich geworden sind und die Krise im Kern verursacht haben. Und wenn der Staat mit Geld eingreift und angeschlagenen Banken das Leben rettet, dann muss er auch Einfluss nehmen können auf die Bezüge der Spitzenmanager. Dies alles ist so kompliziert, die Palette der Möglichkeiten ist so breit, dass nur wirkliche Fachleute entscheiden können, was sinnvoll, wirksam und am Ende nicht schädlich ist.

Die Finanzkrise trifft, wie gesehen, auch die Reichen und die Schwerreichen. Aber sie gefährdet natürlich nicht deren Existenz, selbst wenn, wie zu lesen war, am Finanzplatz London 50.000 Banker und Broker ihre glänzend dotierten Stellen verlieren könnten. Und die immer noch vielen, die ihren Arbeitsplatz behalten, können vielleicht mit ihrem Jahresbonus nicht mehr ihren Porsche oder Ferrari kaufen.

Die wirklich Armen bleiben arm, und ihre Zahl wird zunehmen, auch wenn in diesem Jahr - das ist das erfreulichste Datum der diesjährigen Sozialbilanz - die Arbeitslosigkeit gesunken ist. Doch nächstes Jahr könnte dies schon anders aussehen. Hier geht es um einen in die Millionen gehenden Anteil an unserer Bevölkerung. Das sind Arbeitslose, Ungelernte, Menschen, die im Wettbewerb aus der Bahn geworfen wurden, die mit ihrem Lohn das Existenzminimum nicht erreichen, zum Überleben auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Nach dem jüngsten Armutsbericht der Bundesregierung leben ungefähr fünfzehn Prozent aller Kinder unterhalb der Armutsschwelle.

Im Zentrum der entstandenen Drei-Klassen-Gesellschaft lebt die große Mittelschicht. Das ist die breite Mehrheit unserer Bevölkerung: Facharbeiter, Angestellte, Beamte, Selbständige. Menschen, denen es nicht schlecht geht, oft mit Wohneigentum, mit Auto, auskömmlichen Löhnen und Gehältern. Der deutsche Mittelstand ist besonders wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, für die Eindämmung radikaler Bewegungen ganz links und ganz rechts, für ein breites Wohlfundament, für ein ausreichendes finanzielles Potenzial in der Sozialpolitik, für Kultur und Bildung in unserem Gemeinwesen.

Die Krise ist noch lange nicht zu Ende. Im Frühsommer meinten einige Ökonomen, Politiker und Wirtschaftsführer, der Höhepunkt sei wohl überschritten. Vielleicht war da der Wunsch der Vater des Gedankens, um das psychologische Klima zu verbessern. Inzwischen ist die Krise vor allem eine Vertrauenskrise geworden. Banken glauben, Kollegen beim Nachbarinstitut hätten noch „Leichen im Keller“. Im Wirtschaftsteil mancher Zeitung ist immer wieder vom hohen Nutzen auch überspitzter Spekulation zu lesen. Sie trage zu einer realistischen Preisbildung bei und helfe, Verhaltensweisen zu ändern, beispielsweise beim Energieverbrauch. Sie gebe findigen Unternehmern Signale, was der Markt begehre. Manches daran mag stimmen – ich bin kein Ökonom. Überzeugender aber für mich ist eine durchgängige und zutreffende Aussage der Bibel: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“ (Matthäus 7, 20).

Ausführlicher hierzu: Volker Wörl, Diplom-Volkswirt, Journalist, bis 1995 Mitglied der Wirtschaftsredaktion der „Süddeutschen Zeitung“, in dem Artikel „Die Finanzkrise und ihre Opfer“ in Christ in der Gegenwart vom 19. Oktober 08.